

Antrag 263/II/2019**KDV Lichtenberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Einen ersten Schritt ins bedingungslose Grundeinkommen wagen**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat, die SPD-
 2 Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, der SPD-
 3 Landesvorstand sowie die SPD-Kreisvorstände der Berliner
 4 Bezirke werden ersucht, das wachsende innerparteiliche
 5 und starke öffentliche Interesse an einem Bedingungs-
 6 losen Grundeinkommen (BGE) anzuerkennen und dieses
 7 populäre, diskussionswürdige Thema in seinen verschie-
 8 denen – u.a. verfassungsmäßigen, sozialwissenschaftli-
 9 chen, philosophischen und volkswirtschaftlichen – Di-
 10 mensionen als Chance für eine grundsätzliche program-
 11 matische Neuausrichtung der Partei und als Impuls für ein
 12 innovatives, gesellschaftspolitisches Projekt zu begreifen.

13

14 Dazu werden folgende Schritte unternommen, deren Um-
 15 setzung bis spätestens zum Ende der laufenden Wahlpe-
 16 riode erfolgt:

17 1. Die o.g. Adressaten schaffen innerhalb ihrer Verantwor-
 18 tungsbereiche zeitnah Möglichkeiten, die Thematik eines
 19 BGE breit angelegt, vorurteilsbewusst und fachlich kom-
 20 petent auf die enthaltenen konstruktiven gesellschaftli-
 21 chen und sozialpolitischen Potentiale hin zu diskutieren.
 22 Hierfür werden auf allen Ebenen geeignete Gremien und
 23 Arbeitsstrukturen genutzt oder geschaffen (z.B. Arbeits-
 24 kreise). Deren Arbeit wird aktiv unterstützt, ihre landes-
 25 weite sowie ggf. bundesweite Vernetzung gefördert.

26

27 2. Geeignete Modelle eines BGE werden insbesondere
 28 dahingehend untersucht, inwiefern sie sich anschluss-
 29 fähig an aktuelle sozialpolitische Reformansätze zeigen
 30 (z.B. Kindergrundsicherung, Grundrentendebatte, Einfüh-
 31 rung einer Bildungsdividende, Bürger*innenversicherung
 32 u.a.). In Identifikation dieser Schnittmengen werden Ver-
 33 fechter*innen eines (emanzipatorisch orientierten) BGE
 34 als potentielle Verbündete einer anzustrebenden gesell-
 35 schaftlichen Transformation verstanden, entsprechende
 36 auch positionsübergreifende Kooperationen gesucht und
 37 unterstützt.

38

39 3. Für die Bundeshauptstadt Berlin wird ein Modellprojekt
 40 zur Erprobung bestimmter relevanter, in ihrer Wirkung
 41 bislang strittiger Effekte eines BGE bis zur Einführungsrei-
 42 fe vorbereitet. Das Design des Modellprojektes beinhaltet
 43 die regelmäßige Zahlung eines BGE in teilhabesichernder
 44 Höhe (ca. 1.200 € pro Erwachsener/ 628 Euro pro Kind) an
 45 einen bevölkerungsrepräsentativen und statistisch aus-
 46 sagekräftigen Personenkreis und erstreckt sich über die
 47 Dauer einer Wahlperiode (5 Jahre einschließlich Vor- und
 48 Nachbereitung bei mindestens 3 Jahren Bezugsdauer).

Empfehlung der Antragskommission**Ablehnung (Konsens)**

**LPT II/2019: FA IX – Gesundheit, Soziales und Verbraucher-
 schutz, FA VII – Wirtschaft und Arbeit**

LPT I-2020: vertagt

Stellungnahme FA IX:

Den Fachausschüssen VII und IX wurde der Antrag 263/II/2019 überwiesen. Beide Fachausschüsse haben sich in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Thema befasst und eine Änderung des Antrags beschlossen. Der Antragsteller ist einverstanden, allerdings möchte er als Adressaten weiterhin den LPT.

1. Die SPD Berlin bekennt sich zur Notwendigkeit einer offenen und wertgeleiteten Diskussion um die zukunftsfähige und armutsfeste Ausgestaltung des bundesdeutschen Sozial- und Steuersystems. Im Lichte aktueller Herausforderungen und Veränderungen in Bereichen wie der Erwerbsarbeit, der Digitalisierung, des demographischen Wandels, sich „abgehängt“ fühlender Bevölkerungsgruppen und wachsender sozialer Ungleichheit muss der Sozialstaat neu gedacht werden mit dem Ziel, dass er seine grundlegende gesellschaftliche Schutzfunktion auf lange Sicht behält oder wiedererlangt. Die SPD Berlin will diese Diskussion aktiv aufgreifen, mit den Gewerkschaften und weiteren wichtigen zivilgesellschaftlichen Gruppen sowie der Wissenschaft führen.
2. Die SPD Berlin unterstützt dabei Modellvorhaben, die neue Ansätze in Bezug auf eine zukunftsfähige und armutsfeste Ausgestaltung des Sozial- und Steuersystems ausprobieren wollen und dabei gesellschafts- und sozialpolitische Erkenntnisse berücksichtigen bzw. neu generieren. Die SPD unterstützt insbesondere Modellvorhaben, die eine wissenschaftlich unabhängige Begleitung einschließen. In diesem Sinne unterstützt die SPD Berlin Modellvorhaben wie das „Pilotprojekt Grundeinkommen“ des Vereins *Mein Grundeinkommen* mit den Partnern *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung* (DIW Berlin) und *Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern* (Köln). Die SPD Berlin unterstützt auch aktiv das Anliegen der aktuellen Volksinitiative *Expedition Grundeinkommen*, das auf die Umsetzung eines wissenschaftlich begleiteten Modellversuchs in mehreren Bundesländern (auch Berlin) zielt und „die Erforschung, Akzeptanz und Umsetzbarkeit verschiedener Varianten“

49 Das Berliner Modellprojekt wird wissenschaftlich begleitet und ausgewertet. Dabei stehen insbesondere Wirkungen auf die individuelle Gesundheit, Aufstiegschancen durch Bildung, auf armutspräventive Aspekte, das individuelle Verhalten zum Arbeitsmarkt, familiäre Auswirkungen und mögliche Effekte auf gemeinnützig orientierte Verhaltensweisen im Mittelpunkt der begleitenden Untersuchungen. Es erfolgt eine bedingungslose und individuelle, an keinerlei Bedarfsprüfungen und Geltendmachung von Ansprüchen gekoppelte Auszahlung an jeden Angehörigen des berechtigten Personenkreises, unabhängig von seinen Familienverhältnissen. Insbesondere erfolgt keine Kopplung an Erwerbsarbeit und besteht kein Zwang zur Arbeit oder zu sonstigen sozialen Tätigkeiten. Die Teilnahme am Projekt erfolgt freiwillig und unter Wegfall ggf. bislang bezogener steuerfinanzierter Sozialleistungen (im Bedarfsfall mit Ausnahme von Wohngeld).

66
 67 **Erläuterung** In den vergangenen rund 20 Jahren ist (nicht nur) in Deutschland in verschiedener Hinsicht ein grundlegender, für Vieler beunruhigender gesellschaftlicher Wandel zu beobachten. Dieser hat globale, sicherheitspolitische, ökonomische, klimatische, aber auch sozial- und mikropolitische Aspekte. Die Welt zeigt sich dem Individuum als überaus fragil, teils bedrohlich dynamisch, äußerst komplex und immer schwerer steuerbar. Leistungskürzungen und die Individualisierung von Risiken – verbunden mit sozialpolitischen Reformen in der Vergangenheit – haben diese Tendenz noch verstärkt und das Vertrauen in die Institutionen des Sozialstaates untergraben. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer spricht im Ergebnis seiner Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ für die betrachteten Jahre zwischen 2001 und 2011 von einem „Jahrzehnt der Entsicherung“, mit dessen psychologischen und politischen Folgen Politik und Zivilgesellschaft seither konfrontiert seien.

85
 86 In Wissenschaft, Philosophie, Politik und sogar in der Wirtschaft wächst anhand dieser Diagnose das Bewusstsein dafür, dass einer solchen Entwicklung nicht lediglich mit minimalinvasiven Eingriffen einzelner kleinerer Reformen zu begegnen ist. Vielmehr benötige es die ermutigenden Umriss eines neuen und gemeinsamen gesellschaftlichen Projektes, welches auf der Basis eines positiven Menschenbildes dem Einzelnen inmitten des vielfachen Wandels ein hinreichendes Maß an sozialer Sicherheit verleiht, die ihn befähigt, seine persönlichen Lebensbedürfnisse mit den immer schneller verlaufenden Veränderungen überein zu bringen.

98
 99 Vor diesem Hintergrund erzeugt die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen vermutlich vor allem deshalb eine so weite Resonanz in ganz verschiedenen Tei-

ten des bedingungslosen Grundeinkommens“ vorbringen will.

3. Die SPD Berlin regt zudem an, dass die aktuellen, durch Corona ausgelösten Ansätze bedingungsarmer Grundsicherungen und weiterer gesetzlicher Maßnahmen mit Bezügen zum sozialen Arbeitsmarkt (wie z.B. SozialschutzG) als faktische sog. „natürliche Experimente“ in der Fläche gesehen und wissenschaftlich evaluiert werden, um ergebnisoffene Erkenntnisse für künftige Debatten zu gewinnen.
4. Die SPD Berlin regt weiterhin an, dass im Hinblick auf die genannten Entwicklungen und Neuansätze auf Landes und Bundesebene Enquetekommissionen zum „Sozialstaat 2030“ eingerichtet werden, die u.a auch (Zwischen-) Ergebnisse aus relevanten Modellprojekten, Evaluationen und internationalen Erfahrungen auswerten.

102 len der Gesellschaft, da sie unmittelbar an diesem „visio-
103 nären Bedarf“ unserer Gesellschaft anknüpft, in dem sie
104 nicht lediglich eine Debatte über eine Sozialleistung führt,
105 sondern vielmehr zentrale und elementare Fragen un-
106 seres künftigen Zusammenlebens adressiert. Wo ist dies
107 konkret der Fall?

108

109 **Demografischer und arbeitsmarktstruktureller Druck auf**
110 **das Sozialversicherungssystem**

111 Das lohnbasierte Sozialsystem in seiner jetzigen Form
112 auf der Grundlage des bisherigen „Generationsvertrages“
113 zeigt sich unter Berücksichtigung der Lohnentwicklungen
114 und der Geburtenrate zukünftig als nicht mehr tragfä-
115 hig. Laut einer aktuellen Studie für den Deutschen Ge-
116 werkschaftsbund NRW ist jeder fünfte Erwerbsarbeits-
117 platz in NRW im Lohnniedrigsektor einzustufen, sodass
118 hier weder genug aktuelles Einkommen geschweige denn
119 eine ausreichende Rücklage für die Lebenssicherung im
120 Alter erwirtschaftet werden könnte. Bis zum Jahr 2025,
121 so die Prognose des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes,
122 wird sich die Anzahl der Rentner*innen, die auf zusätzli-
123 che Hilfe vom Staat angewiesen sind, von 2,5 auf 10% ver-
124 vierfachen.

125

126 Die Differenz in einem der wohlhabendsten Länder der
127 Welt, in dem die Armut, insbesondere die Kinder- und Al-
128 tersarmut rapide ansteigt, ist nicht mehr nur für eine klei-
129 ne Minderheit der Bevölkerung spürbar. Längst scheinen
130 davon nicht mehr nur Erwerbsarbeitslose, sondern zuneh-
131 mend auch in Vollzeit Beschäftigte betroffen zu sein.

132

133 Beim bedingungslosen Grundeinkommen handelt es sich
134 um ein Einkommen, das von einem politischen Gemein-
135 wesen an alle seine Mitglieder ohne Bedürftigkeitsprü-
136 fung und ohne Gegenleistung individuell ausgezahlt wird.
137 Das Grundeinkommen bietet damit eine umfassende und
138 lückenlose Sicherung der wirtschaftlichen Existenz aller
139 Bürger*innen und sorgt somit für die Beseitigung von Ar-
140 mut. Das Grundeinkommen ermöglicht das Recht auf so-
141 ziale Teilhabe und schafft durch die Verhinderung von so-
142 zialer Ausgrenzung und Stigmatisierung die Exklusio-
143 nsfalle ab.

144

145 **Gleiche Chancen für alle – Das Bedingungslose Grundein-**
146 **kommen für Kinder und Jugendliche (Kindergrundsiche-**
147 **rung)**

148 Das Zukunftsforum Familie e.V. beschreibt die gegenwär-
149 tige Situation in Deutschland wie folgt: „Gut 18 Prozent
150 der Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht.
151 Betroffen sind vor allem Langzeitarbeitslose, Alleinerzie-
152 hende, Mehr-Kind-Familien und Familien mit Migrations-
153 hintergrund. Die Armut der Erwachsenen betrifft auch die
154 in den Familien lebenden Kinder. Weit mehr als 2,4 Mil-

155 lionen Kinder wachsen in Deutschland in materieller Ar-
156 mut auf [...]. Die Folgen sind gravierend: Der Mangel an
157 Einkommen, Ressourcen und Lebensperspektiven für Kin-
158 der entwickelt sich zur Bildungs- und Teilhabearmut. “
159 Zudem führen diverse gesetzliche Regelungen zu unter-
160 schiedlichen Berechnungshöhen des Existenzminimums
161 für Kinder und Jugendliche im Sozial-, Steuer- und Unter-
162 haltsrecht. Daher ist gegenwärtig das Existenzminimum
163 nicht für alle Kinder gedeckt. Statt vieler verschiedener
164 Hilfen braucht es eine Gesamtlösung – die „Grundsiche-
165 rung für Kinder und Jugendliche“ als Teil des Bedingungs-
166 losen Grundeinkommens (BGE)!

167 Warum ist ein solches Kindergrundeinkommen „aus einer
168 Hand“ noch sinnvoll? „Dringend notwendig ist es vor al-
169 lem, die bisherigen Leistungen zusammenzuführen und
170 so das komplizierte System der Kinder- und Familien-
171 förderung zu vereinfachen; das bürokratische und sozi-
172 al ungerechte System aus Kindergeld, Kinderfreibeträgen
173 und Hartz-IV-Regelsätzen muss durch eine Grundsiche-
174 rung für Kinder und Jugendliche ersetzt werden. Denn wü-
175 der die geringfügige Anhebung des Kindergeldes noch die
176 Ausweitung des Kinderzuschlags oder eine Erhöhung der
177 Regelsätze in der Grundsicherung lösen das Problem zeit-
178 nah und befriedigend. “

179 Aktuell beträgt die Höhe des verfassungsrechtlich not-
180 wendigen Existenzminimums 628 Euro monatlich. Sie
181 setzt sich aus der Höhe des sächlichen Existenzminimums
182 (408 Euro) und dem Freibetrag für die Betreuung und Er-
183 ziehung bzw. Ausbildung (BEA) (220 Euro) zusammen. Die-
184 ses Existenzminimum muss für alle Kinder gelten, nicht
185 nur für diejenigen, deren Eltern Steuern zahlen können.
186 Damit wäre sichergestellt, dass alle Kinder und Jugendli-
187 chen unabhängig von ihrer familiären Situation und dem
188 Einkommen ihrer Eltern ausreichend gefördert werden
189 und die Chance erhalten, ein gutes und selbstbestimmtes
190 Leben zu führen.

191

192 **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit** Geschlechterpolitisch
193 kann ein Grundeinkommen eine große und nachhaltige
194 Wirkung haben. Insbesondere Frauen* werden im heuti-
195 gen System häufig schlechter für Erwerbsarbeit entlohnt
196 (“In Deutschland liegt die Entgeltlücke zwischen Frauen
197 und Männern bei 21 Prozent. Selbst bei gleicher formaler
198 Qualifikation und ansonsten gleichen Merkmalen beträgt
199 der Entgeltunterschied immer noch sechs Prozent.”). Als
200 Alleinerziehende sind sie häufig finanziell schlechter ge-
201 stellt, Hausfrauen und Mütter bleiben oft ohne eigenes
202 Einkommen oder in finanzieller Abhängigkeit von Part-
203 nern oder dem Staat. Das Grundeinkommen kann dies än-
204 dern, da es an Individuen und nicht an Bedarfsgemein-
205 schaften (vgl. SGB II, XII) ausbezahlt wird. Das Grundein-
206 kommen unterliegt keiner versteckten Benachteiligung
207 von Frauen am Arbeitsmarkt und berücksichtigt Hausar-

208 beit, Kindererziehung sowie Pflege- und Carearbeit sowie
209 sonstige unentgeltliche Arbeit als Teil der Wirtschaft und
210 wertschätzt die erbrachten (Lebens-)Leistungen.

211

212 **Selbstbestimmt und abgesichert Leben in der digitalen**
213 **Arbeitsgesellschaft der Zukunft** Mit zunehmender Digi-
214 talisierung, den Fortschritten in der Entwicklung Künstli-
215 cher Intelligenz (KI) sowie wachsender Automatisierung
216 stellt sich bereits erkennbar ein umfangreicher Wandel
217 der Arbeitswelt ein. Dies führt dazu, dass Personen aus je-
218 dem Bildungsniveau erwerbslos werden können. Die Ar-
219 beit wird durch KI-bedingte Automatisierung erledigt, die
220 Erträge der Unternehmen bleiben im Gegensatz zu vielen
221 Arbeitsplätzen erhalten, wenn sie nicht sogar mit einem
222 gestiegenen Profit einhergehen. Die Auflösung traditio-
223 neller, lebenslang konstanter Erwerbsbiographien schafft
224 Unsicherheit, die belasten kann. Sie stellt aber auch ei-
225 ne Chance dar, wenn Menschen sich entsprechend ih-
226 rer Fähigkeiten und Interessen selbstbestimmt beruflich
227 weiterentwickeln können. Entscheidend ist, dass dies in
228 einem sozial abgesicherten Rahmen geschieht und nie-
229 mand um die eigene wirtschaftliche Existenz fürchten
230 muss, wenn sich etwa eine Branche durch technologi-
231 sche Neuerungen stark verändert. Im Zuge der Digitali-
232 sierung werden sich diese Entwicklungen stark beschleu-
233 nigen. Ein BGE würde den Menschen Angst vor der gra-
234 vierenden Veränderung des Arbeitsmarktes nehmen und
235 es ihnen erleichtern, sich im Laufe ihres Erwerbslebens
236 ohne Druck umzuorientieren und weiter zu qualifizieren.
237 Von Stress befreit – gesünder und zufriedener leben Psy-
238 chosoziale Stressfaktoren der Leistungsgesellschaft – et-
239 wa übermäßige Arbeitsbelastung oder die Angst vor Ar-
240 beitsplatzverlust – verringern nicht nur die Lebenszufrie-
241 denheit, sondern erhöhen langfristig auch die Verwund-
242 barkeit für psychische und körperliche Erkrankungen, wie
243 zahlreiche Studien belegen. So führen etwa Angst, De-
244 pression und Persönlichkeitsstörungen dann zu Risikover-
245 haltensweisen, welche auch die Wahrscheinlichkeit für
246 körperliche Erkrankungen (kardiovaskuläre, Schlaganfall,
247 Virushepatitis, Typ-2-Diabetes, obstruktive Lungenerkran-
248 kungen) ebenso wie für Gewaltverhalten erhöhen. Ein be-
249 dingungsloses Grundeinkommen gäbe Sicherheit und da-
250 mit die Freiheit, zu Bedingungen „Nein“ zu sagen, die uns
251 krank machen (können): zu schlechten Arbeitsverhältnis-
252 sen, zur unglücklichen Ehe mit dem/r Alleinverdiener*in
253 etc. Wenn keine unmittelbare Leistungsabfrage hinter ei-
254 nem „Nein“ steht, lebt der Mensch selbstbestimmter und
255 stressfreier. Wer nicht unter Stress steht, lebt gesünder
256 und verursacht weniger Kosten im Gesundheitssystem.
257 Diese positiven Effekte eines BGE betreffen tatsächlich al-
258 le Gesellschaftsgruppen, besonders aber jene, die derzeit
259 akut von Armut bedroht sind, z. B. weil sie ihre Renten
260 „aufstocken“ müssen oder Eingliederungshilfe beziehen.

261

262 Gemeinsame Verantwortung – eine Krankenversicherung

263 **für alle** Die Bürger*innenversicherung ist als solidarisches
264 Sozialversicherungssystem eine wichtige Ergänzung zum
265 bedingungslosen Grundeinkommen, in das ausnahms-
266 los alle Bürger*innen und dies unter Einbeziehung aller
267 Einkunftsarten Beiträge in die gesetzliche Krankenversi-
268 cherung leisten und im Versicherungsfall daraus gleiche
269 Leistungen in Anspruch nehmen können. Das bedeutet
270 die Aufhebung des dualen Systems zwischen gesetzli-
271 cher und privater Krankenversicherung im Leistungsbe-
272 reich der Grundversorgung und damit die Abschaffung ei-
273 ner Zwei-Klassen-Medizin.

274

275 Wegfall von Hartz IV und Sanktionen – Erleichterung
276 für Betroffene, Entlastung der Verwaltung Das Hartz-IV-
277 System steht seit den „Agenda-Reformen“ unablässig in
278 der Kritik, insbesondere wegen der Sanktionen. Bei Ein-
279 führung eines BGE würde dieses System schlicht wegfal-
280 len: Durch das BGE wäre die Bedürftigkeit bei den bishe-
281 rigen ALG-II-Empfänger*innen nicht mehr gegeben, auf-
282 grund der bedingungslosen Auszahlung bräuchte es auch
283 keine Sanktionen. Die bisher davon Betroffenen könnten
284 „aufatmen“. Die Mitarbeiter*innen in den Jobcentern wür-
285 den massiv entlastet und könnten sich verstärkt ihren för-
286 dernden und unterstützenden Aufgaben widmen – etwa,
287 Menschen bei einer Qualifizierung und Jobsuche zu hel-
288 fen. Die SPD hätte – der Forderung vieler entsprechend –
289 Hartz IV endlich „hinter sich gelassen“.

290

291 Das Berliner Modellprojekt Warum ein Berliner Modell-

292 **projekt?** Modellprojekte ermöglichen die Erprobung und
293 Überprüfung bestimmter Effekte und Funktionalitäten,
294 bevor eine angestrebte Veränderung mit in der Breite
295 implementiert wird. Gerade bei einem von unterschied-
296 lichen Vorannahmen geprägten Thema wie dem BGE
297 spricht Vieles für einen lokal begrenzten und wissen-
298 schaftlich begleiteten Versuch.

299 Bestrebungen, die eigene Kommune für ein solches Mo-
300 dell ins Gespräch zu bringen, gab es schon in etlichen
301 deutschen Städten bzw. Landkreisen. Im internationalen
302 Raum ist uns aus jüngerer Vergangenheit der Pilot ei-
303 nes partiellen Grundeinkommens in Finnland ein Begriff.
304 Als Berliner*innen finden wir, dass sich unsere Stadt in
305 ihrer Vielfalt, ihrer Vitalität und Offenheit für Innovati-
306 on und Visionäres besonders gut für ein solches Vorha-
307 ben eignet. Berliner Bürger*innen ebenso wie die stark
308 strapazierte Berliner Verwaltung würden im gegebenen
309 Fall von den erwarteten positiven Effekten profitieren.
310 Mit einem Modellprojekt wollen wir jenes misstrauische
311 und zugleich bevormundende „Menschenbild“, das (der-
312 zeit noch) hinter der verbreiteten und in der Ausformulie-
313 rung wie im Vollzug von Gesetzen oft handlungsleitenden

314 Annahme steht, mit einem Bedingungslosen Grundein-
315 kommen würden sich die Menschen in die „soziale Hän-
316 gematte“ legen, nicht arbeiten bzw. vermeintlich unpopu-
317 läre Tätigkeiten (z. Bsp. Müllabfuhr) verweigern, widerle-
318 gen. Wir wollen im Querschnitt herausfinden, wofür die
319 Teilnehmenden das zusätzliche Geld verwenden, welchen
320 Einfluss es tatsächlich auf ihre Lebensverhältnisse, ihre
321 Gesundheit und die Teilhabe am öffentlichen Leben hat.

322

323 **Finanzierung** Ein BGE-Modell im vorgenannten Umfang
324 ist finanzierbar. Beispielsweise würde sich der absolute
325 Transferaufwand bei einem Betrag von 1.200 Euro bzw.
326 628 Euro und einer Beteiligung von 2.000 erwachsenen
327 Personen sowie 1.000 Minderjährigen auf 36,336 Mio. Eu-
328 ro jährlich belaufen, wobei sich dieser Betrag in der Rea-
329 lität noch (um alle bis zum Grundeinkommensbetrag zu
330 verrechnenden steuerfinanzierten Sozialleistungen sowie
331 zu ersparenden Verwaltungsaufwand) vermindern wür-
332 de. Zum Vergleich: Für das soeben in Berlin eingeführte
333 Beschäftigungsprojekt „Solidarisches Grundeinkommen“
334 wurden für ca. 1.000 begünstigte Personen Kosten von 35
335 Mio. Euro p.a. kalkuliert.

336 Hinzu kämen natürlich noch die Kosten einer wis-
337 senschaftlichen Begleitung, für Öffentlichkeitsarbeit
338 und Veröffentlichungen. Die Finanzierung eines BGE-
339 Modellprojektes kann während der Projektphase durch
340 Haushaltsmittel erfolgen. Eine spätere mögliche Auswei-
341 tung auf Deutschland kann über viele denkbare Wege
342 finanziert werden (z.B. über ein modifiziertes Steuer-
343 system, einzusparende Bürokratie und zu ersetzende,
344 dann überflüssige andere Sozialleistungen. Eine Möglich-
345 keit wäre auch, dass Bundesbanküberschüsse in einen
346 Fonds fließen und vergleichbar mit dem norwegischen
347 staatlichen Rentenfonds Erträge erwirtschaften, die
348 anschließend für ein BGE zur Ausschüttung kommen. –
349 Diese Fragestellung ist nicht Bestandteil dieses Antrages
350 und noch intensiv zu diskutieren.